



## Mehr Mut!



© spa764 - Fotolia

Wer die aktuelle Berichterstattung über die SPD verfolgt, fühlt sich bisweilen an die Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann aus 1970er-Jahren erinnert. Widerspricht die eigene Meinung der als vorherrschend betrachteten Meinung, so gibt es Hemmungen, sie zu äußern, und zwar umso stärker, je ausgeprägter der Gegensatz wird. Unterfüttert wird der Trend durch die Darstellung der demoskopischen Abwärtsspirale: Das Institut erhält die größte Aufmerksamkeit, welches den niedrigsten Wert für die SPD ermittelt. Den Höhepunkt findet die Malaise darin, dass es öffentlich gelingt, einer Partei nach zwei schlechten und einer guten Landtagswahl ernsthaft den Status der Volkspartei absprechen zu wollen.

Kleine Randbemerkung: Die SPD stellt 9 von 16 Regierungschefs in Deutschland, sie ist an 13 von 16 Landesregierungen beteiligt, 7 der 10 größten Städte Deutschlands werden von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern geleitet, es gibt eine hohe dreistellige Zahl von OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen und LandrätInnen, sogar in

zahlreichen Städten absolute SPD-Mehrheiten. Keine Volkspartei? Beeindruckend ist dennoch, wie wenig der Blase widersprochen wird und die CDU dabei außen vor bleibt...

### Dem eigenen Laden die Stange halten

Scharfsinnige Analysen oder weitreichende Papiere helfen nicht, wenn der Mut fehlt, dem eigenen Laden die Stange zu halten. Dabei gibt es dafür gute Gründe: Anders als Schwarz-Gelb ist die Landesregierung mit Hannelore Kraft an der Spitze bis heute ein starker Partner der Kommunen. Kein Jahr ist vergangen, in dem die kommunalen Zuweisungen nicht gestiegen wären. Mittlerweile ist die 10 Milliarden-Schallmauer im Gemeindefinanzierungsgesetz erreicht. In einem besonderen Kraftakt wird den strukturschwachen Kommunen durch den Stärkungspakt mit einem Volumen von insgesamt 5,76 Milliarden Euro solidarisch durch Land und Kommunen geholfen. Eine Erfolgsbilanz – zweifellos, zu der sich zahlreiche weitere Maßnahmen aufzählen ließen.

Doch sind Verdienste der Vergangenheit kein Ruhekiten für künftige Wahlen. An den grundlegenden Problemen der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden hat sich leider nur wenig geändert. Noch immer wird in vielen Kommunen die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren, drücken die Soziallasten und sind die Schulden zu hoch. Überdies gibt es neue Probleme, die die Kommunen belasten. Unterbringung und Integration der Flüchtlinge bleiben Aufgaben der Zukunft, Wohnungsmangel in Ballungsgebieten bei gleichzeitigem Leerstand in einigen ländlichen Regionen, Demografischer Wandel und Digitalisierung sind Themen, die in den kommenden Jahren noch mehr als bisher ihre Wirkung entfalten. Sicherheit, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum, verlangt politische Konzepte und die Zukunft von Bildung und Erziehung in Kitas und Schulen bleiben Themen der „Heimat vor Ort“.

Fortsetzung auf Seite 3

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir leben derzeit in politisch spannenden Zeiten. Das bedeutet für die SPD leider, dass vor allem über eine nachlassende Zustimmung berichtet wird. Es ist schon bemerkenswert, in welcher Art und Weise jetzt gerade auf die SPD und vor allem auf ihren Vorsitzenden eingeschlagen wird – zumal er mit Blick auf die Landtagswahlen vom März wahrlich nicht der einzige Parteivorsitzende ist, dessen Partei Federn lassen musste.



Wir erleben, dass bei drei Landtagswahlen eine Partei, die ursprünglich als neoliberale Gruppierung losgelaufen ist, unter der Bezeichnung „Alternative für Deutschland“ immense Erfolge erzielt hat. Dabei ist gerade diese Partei nicht das, was sie zu sein vorgibt, nämlich eine Alternative. Es kann doch keine ernsthafte Alternative sein, wenn eine Partei sich darauf beschränkt, die Gesellschaft zu spalten – noch dazu, wenn sie hierfür schamlos auf rechtsextrêmes Gedankengut zurückgreift.

Doch das ist es nicht, was mir in der Zeit seit den Landtagswahlen am meisten Sorgen bereitet. Denn diese Wahlen haben etwas anderes gezeigt: Die SPD

hat ein echtes inhaltliches Problem. Viele Wählerinnen und Wähler aus dem klassisch sozialdemokratischen Milieu haben sich von uns abgewandt. Warum gehen so viele Menschen davon aus, dass Politik nichts mehr ändern kann an den sozialen Fragen? Warum wird die etablierte Politik nur mehr als Problem, nicht mehr als Weg zu Lösungen verstanden? Haben wir womöglich selbst Europa diskreditiert? Fragen müssen wir uns auch, ob wir zu weit entfernt sind von der Lebenswirklichkeit der Menschen. Verstehen wir ihre existenziellen Nöte noch, zeigen wir ihnen, dass wir sie verstehen? Die

Menschen wissen gegenwärtig nicht, warum sie der SPD ihre Stimme geben sollen. Das müssen wir ändern – auch wir Kommunalen! Wir müssen den Menschen deutlich machen, was im Mittelpunkt steht: Gerechtigkeit und das solidarische Miteinander sind Kernelemente unserer Politik. Und wir müssen den Menschen endlich auch die langen Linien aufzeigen: Wohin wollen wir mit unserer Politik. Wohlgermerkt: Grundsätzliche Verteilungsfragen sollten wir hierbei nicht ausklammern!

Glückauf!

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW  
Oberbürgermeister der Stadt  
Gelsenkirchen

### Der Einstieg in ein neues Solidarprojekt für Deutschland ist gelungen.

Der Bundeshaushalt 2017 sieht folgende zusätzliche Maßnahmen vor:

- Zusätzlich 2,2 Milliarden Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierung, Ausbildung und Arbeitsgelegenheiten) sowohl für Flüchtlinge als auch für Langzeitarbeitslose aus Deutschland.
- Aufstockung der Mittel für Wohnungsbau und Städtebau um 800 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro. Damit verdreifachen wir den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Deutschland.
- Weitere 450 Millionen Euro 2017 und 500 Millionen Euro ab 2018 für den Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Für den Kita-

Ausbau stellt der Bund damit mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung.

- Eine Milliarde Euro zusätzlich für Sprachförderung und Integrationskurse sowie weitere Integrationsmaßnahmen.
- Für die Mindestrente (Solidarrente) werden ab 2017 rund 180 Millionen Euro bereitgestellt, die dann jährlich anwachsen, um langfristig Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren.
- Für das neue Bundesteilhabegesetz zur besseren Unterstützung von Menschen mit Behinderung werden die notwendigen Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung bereitgestellt.

Mit den zusätzlichen Mitteln für Chancen am Arbeitsmarkt, sozialen Wohnungsbau, den Ausbau der Kindertagesstätten, die Mindestrente (Solidarrente) und eine bessere Unterstützung von Menschen mit Behinderungen fördern wir den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft. Bis 2020 stehen für das Solidarprojekt damit über 25 Milliarden Euro zur Verfügung.

# Reformbedarf und Perspektiven für ein neues Kindergartengesetz in Nordrhein-Westfalen

Von **Christina Kampmann**, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport



© MFKJS NRW | Foto: Catrin Moritz

Die Kindertagesbetreuung hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten rasant verändert. Seit Mitte der 90er Jahre wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt, seit 2013 gilt dieser auch für die Ein- und Zweijährigen. Die Kinder kommen jünger in die Kita, sie verbringen dort deutlich mehr Stunden ihres Tages und eine wachsende Zahl isst dort zu Mittag. Der immense Stellenwert der frühkindlichen Bildung hat sich im Bewusstsein durchgesetzt; der Beitrag guter Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist offenkundig. Diesen Entwicklungen wurde das 2008 von der damaligen schwarz-gelben Koalition in Kraft gesetzte Kinderbildungsgesetz KiBiz nicht gerecht. Bereits bei seinem Entstehungsprozess war es von Befürchtungen und Kritik begleitet, die sich danach leider bestätigt haben.

Die jetzige Landesregierung hat das Gesetz einer stufenweisen

Revision unterzogen und sich zunächst den drängendsten Fragestellungen gewidmet. Im Vordergrund standen die Verbesserung des Personalschlüssels für die U3-Betreuung, die Finanzierung zusätzlicher Personalstunden für alle Kindertageseinrichtungen, die Einführung der Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr und die Stärkung der Mitwirkung der Eltern. Mit dem zweiten Revisionschritt zum Kindergartenjahr 2014/2015 wurde ein Bildungsverständnis gesetzlich verankert, bei dem das Kind und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt stehen. Als logische Konsequenz erfolgte die Neuausgestaltung der sprachlichen Bildung einhergehend mit der Abschaffung des Tests Delfin4 für alle Kindergartenkinder. Nach dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“, erhalten plus-gleich Kitas, die viele Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf betreuen, bis zu 25.000 Euro jährlich zusätzlich.

Besonders das Finanzierungssystem und die Struktur des Kita-Angebotes bedürfen jedoch einer grundlegenden Erneuerung. Die rot-grüne Koalition und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich im Dezember 2015 darauf verständigt, bis zum Ende der 16. Wahlperiode gemeinsame Eckpunkte für ein neues Gesetz zu erarbeiten. Sie haben damit die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen für die Weiterentwicklung des Systems frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung und seiner Finanzierungsstrukturen bekräftigt.

Welche Aspekte und Perspektiven müssen bei der Erarbeitung der Eckpunkte für ein neues Kindergartengesetz in den Blick genommen werden?

Die Grundlage muss ein Finanzierungsmodell bilden, das den vorgegebenen Standards entspricht, die Verteilung des finanziellen Aufwands auf die Kostenträger präzise erfasst und der realen Kostenentwicklung Rechnung trägt. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. So wurden die Verbesserungen seit 2010 ausschließlich durch Landesmittel getragen und nicht im paritätischen Finanzierungssystem, an dem neben dem Land auch die Kommunen, die Träger und die Eltern beteiligt sind. Auf der anderen Seite weisen die Kommunen darauf hin, dass der dem Kibiz zugrunde liegende Finanzierungsanteil von 19

Prozent durch Elternbeiträge nicht den realen Verhältnissen entspricht. Das tatsächliche Aufkommen aus Elternbeiträgen fällt deutlich geringer aus; in Verbindung mit der Streichung des Defizitausgleichs durch die damalige CDU/FDP-Landesregierung erhöht dies faktisch den Finanzierungsanteil der Kommunen und hat zudem zu einer regional höchst ungleichen Belastung der Eltern geführt. Die von den Trägern selbst aufzubringenden Finanzierungsanteile sind aufgrund der erheblichen Steigerung der Zahl der betreuten Kinder stark gestiegen. In der Folge werden die Eigenanteile der Träger vielfach ganz oder teilweise von kommunaler Seite ersetzt.

Es wird deshalb darauf ankommen, Kostenverteilung, Verantwortung und Steuerungsmöglichkeiten zu einem stimmigen Gesamtsystem zu fügen, das der Zugehörigkeit des Elementarbereichs zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung Rechnung trägt und doch landesweit vergleichbare und qualitätsvolle Rahmenbedingungen gewährleistet.

Mit der Erneuerung des Finanzierungssystems geht aber auch die Aufgabe einher, eine gute Qualität zu sichern. Auf den Prüfstand



© Robert Kneschke - Fotolia

genommen werden sollten die aktuelle Staffelung der Betreuungszeiten, die nicht in jedem Fall den von den Eltern gewünschten Zeiten entspricht. Hier bedarf es eines neuen Konzeptes, das auch erweiterte Öffnungszeiten und praktikable Lösungen für die Randstunden einbezieht, dabei aber die Belange der Kinder im Blick behält. Es sollten klare Vorgaben zum Personalschlüssel geschaffen werden, die sich an den Anforderungen frühkindlicher Bildung orientieren. Die Standards müssen so definiert sein, dass sie mit der Finanzausstattung tatsächlich realisiert werden können.

Der Grundsatz „Ungleiches nicht gleich behandeln“ sollte gefestigt werden. Als Meilenstein kann hier zweifellos die Zusatzförderung für Kitas gelten, die aufgrund ihres sozialen Umfeldes besondere Herausforderungen bei der Förderung der betreuten Kinder bewältigen müssen. Denn ein gutes Angebot der Kindertagesbetreuung ist eine wesentliche Grundlage einer präventiven Bildungs- wie Sozialpolitik.

## Einfach und direkt helfen mit dem Online-Portal HelpTo



Das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer für Flüchtlinge ist ungebrochen. Nach anfänglichen Fragen der Erstunterbringung und Versorgung geht es nun verstärkt darum, die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Gesellschaft zu integrieren, ihnen Hilfe beim Erlernen der Sprache zu geben und sie

in Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit zu bringen.

Viele Menschen möchten sich engagieren, wissen aber häufig nicht, wie und wo sie ihre Hilfe einbringen können: Was wird aktuell gebraucht? Wo kann ich mich engagieren? Welche Initiativen gibt es in meiner Stadt? Ein zentraler Anlaufpunkt für Menschen, die helfen möchten und zugleich Wegweiser für Flüchtlinge: das ist HelpTo.

HelpTo ist eine Mischung aus einem schwarzen Brett, einer Frei-

willigenbörse und einem sozialen Netzwerk. Auf HelpTo kann man sich aktiv in die Hilfe für Flüchtlinge und Bedürftige einbringen, egal ob es sich um Sachspenden, ehrenamtliches Engagement oder die Vermittlung von Arbeit oder Wohnungen handelt. Mit wenigen Klicks lassen sich eigene Angebote oder Gesuche einstellen. Die Besonderheit: HelpTo ist regional strukturiert und bringt die Menschen direkt miteinander in Kontakt. Das entlastet die kommunale Flüchtlingsarbeit und sorgt dafür, dass die Hilfe wirklich

da ankommt, wo sie gebraucht wird.

Mitmachen ist ganz einfach. Kostenlos anmelden, Angebot einstellen und direkt mit den Hilfesuchenden Kontakt aufnehmen.

HelpTo ist ein gemeinnütziges Projekt des Vereins Neues Potsdamer Toleranzedikt. Der in Potsdam ansässige Verein tritt ein für Toleranz, Weltoffenheit und ein buntes und friedliches Miteinander. HelpTo ist bereits jetzt ein voller Erfolg und mit über 70 Portalen in zehn von

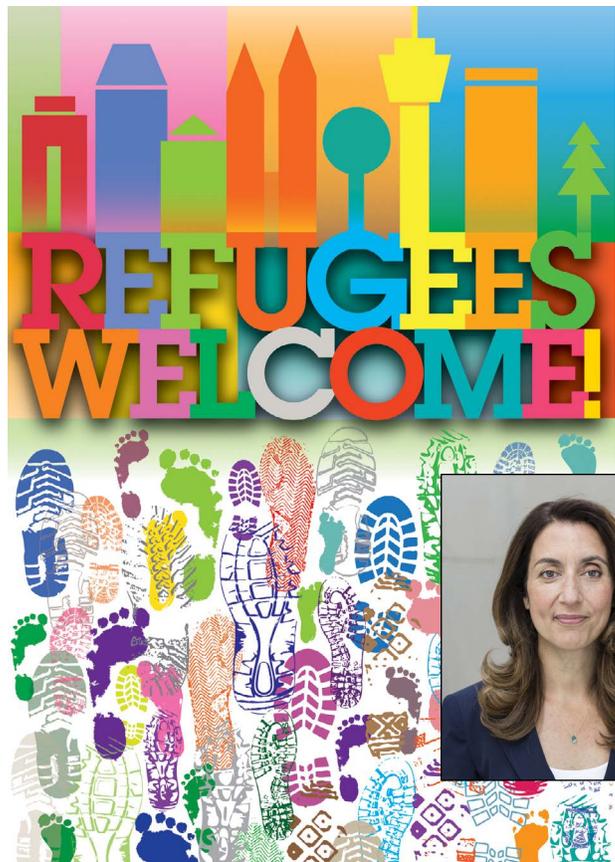
16 Bundesländern deutschlandweit bekannt.

HelpTo ist für alle kostenfrei nutzbar. Wenn Sie Interesse daran haben, das Portal auch in Ihrem Landkreis oder Ihrer Stadt zu nutzen, nehmen Sie mit dem Team Kontakt auf unter [kontakt@helpto.de](mailto:kontakt@helpto.de).

[www.help-to.de](http://www.help-to.de)  
[kontakt@helpto.de](mailto:kontakt@helpto.de) |  
[facebook.com/helptoDE](https://facebook.com/helptoDE) |  
[twitter.com/helpto\\_de](https://twitter.com/helpto_de)

# Integration ist das Gebot der Stunde!

Von **Aydan Özoğuz**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration



© Bernd Wochmeister, pixelo.de

Im Jahr 2015 sind rund 330.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Das sind ungefähr so viele Menschen, wie Bielefeld Einwohner hat. Von ihnen sind laut Landesregierung 230.000 in NRW geblieben, die anderen reisten wieder aus oder wurden bundesweit nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.\* Die Zahlen allein machen deutlich, vor welcher Herausforderung die Städte und Gemeinden in NRW stehen. Dieser Einsatz ist umso mehr zu würdigen, weil die Finanzlage vieler Kommunen in NRW schwierig ist.

Die Einbindung der vielen Geflüchteten in unsere Gesellschaft ist sicherlich die größte Herausforderung unseres Landes im kommenden Jahrzehnt: Die Kommunen haben das früh erkannt und schon vor Monaten appelliert, dass wir die Integration der Menschen rasch angehen müssen: Mehr Sprach- und Integrationskurse, Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Konzepte für die Stadtentwicklung, damit aus Flüchtlingen neue Nachbarn werden können.

Ich bin zuversichtlich, dass wir bei der Integration von Geflüchteten vorankommen, denn wir haben

aus den Fehlern der 1990er Jahre gelernt, als Asylbewerber per Gesetz monatelang tatenlos in ihren Unterkünften sitzen mussten. Jetzt wird die Große Koalition im Mai ein Integrationsgesetz im Kabinett verabschiedet und wir werden flankierend die notwendigen Mittel in den Bundeshaushalt 2017 einstellen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten schon im Dezember 2015 ein Integrationspaket gefordert und unsere Pläne vorgestellt – jetzt zieht auch der Koalitionspartner mit.

## Die zentralen Bausteine des Integrationsgesetzes:

- Wir öffnen weitere Bereiche des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes für Asylbewerber mit Bleibeperspektive und für Geduldete. Nachdem wir für Asylbewerber und Geduldete den Arbeitsmarktzugang bereits nach drei Monaten Aufenthalt weitgehend geöffnet haben, kommt mit dem Gesetz der nächste Schritt: Die berufsvorbereitenden Maßnahmen, die assistierte Ausbildung und die ausbildungsbegleitenden Hilfen werden geöffnet. Dasselbe gilt für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG oder dem SGB III.

- Die Vorrangprüfung wird in Regionen ausgesetzt, die im jeweiligen Bundesland unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ergänzend fällt das Verbot einer Beschäftigung in der Leiharbeit. Und für die ersten Integrationschritte am Arbeitsmarkt finanzieren wir zusätzlich 100.000 Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

- Wer eine Ausbildung macht, bekommt auch danach einen Aufenthaltstitel für die Anschlussbeschäftigung oder für die Arbeitsplatzsuche.

- Ebenso wird im Gesetz eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge eingerichtet, damit eine gleichmäßigere Verteilung über alle Städte und Gemeinden gewährleistet ist. Damit diese Maßnahme nicht der Integration von anerkannten Flüchtlingen entgegensteht, muss die Wohnsitzauflage befristet sein und darf nicht gelten, wenn ein Arbeitsangebot in einer anderen Kommune vorliegt.

Ergänzend zum Integrationsgesetz werden wir im Bundeshaushalt 2017 mit zusätzlichen Geldern dafür sorgen, dass die Integration von Geflüchteten besser gelingen kann: Wer absehbar länger in unserem Land bleiben wird, muss sofort Zugang zu Sprachkursen



© MK-Photo - Fotolia

bekommen. Hier haben wir die Mittel für die Integrationskurse im Jahr 2015 schon auf 559 Mio. Euro mehr als verdoppelt, aber wir werden für 2017 noch einmal ordentlich drauflegen, damit noch mehr Menschen frühzeitig einen Sprachkurs machen können. Und für die aktive Arbeitsmarktpolitik werden 2,2 Mrd. Euro zusätzlich bereitstehen – und zwar nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Menschen in unserem Land. Das ist ganz wichtig, denn wir wollen alle Menschen in unserem Land fördern.

Klar, Integration kostet Geld. Aber es gilt der einfache kaufmännische Grundsatz: Jeder Euro, den wir heute klug investieren, wird sich künftig um ein Viel-

faches auszahlen. Alle Ökonomen sagen uns, dass die Mehrausgaben des Staates für Asylsuchende und Flüchtlinge schon heute wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken. In den Behörden, in den Schulen, Kitas oder bei den Trägern von Sprachkursen werden so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie selten zuvor eingestellt. Übrigens auch in NRW: So hat das Schulministerium mehr als 5.700 zusätzliche Stellen für die Beschul-

lung von geflüchteten Kindern an den Schulen geschaffen.

Mir ist wichtig, dass wir eines immer deutlich machen: Jede und Jeder in unserem Land muss faire Chancen auf Teilhabe bekommen und zwar unabhängig davon, ob sie oder er eine Einwanderungs- oder Fluchtgeschichte hat. Dann ist auch der sozialdemokratische Leitsatz mit Leben gefüllt: Herkunft darf kein Schicksal sein!

Fortsetzung von Seite 1

## Mehr Mut!

„...und was macht Berlin?“

Zu Recht richtet sich der Blick auch nach Berlin, wo die SPD immerhin seit 2013 mit im Boot sitzt. Wer nüchtern die Bilanz zieht, wird feststellen, dass die SPD den Kommunen auch eine Stimme in der Bundesregierung gegeben hat, die gehört wird. Angefangen von der Übernahme der Grundsicherung im Alter mit jährlich fast 6 Milliarden Euro, über die jährliche Milliarde in 2015 und 2016, die 2017 um 1,5 Milliarden erhöht wird, bis zur Aufstockung der Kita-Förderung um 550 Millionen mit weiteren 200 Millionen für Erzieherinnen und Erzieher in den Jahren 2017 und 2018 hat der Bund wieder mehr Verantwortung übernommen. Mit den jährlich rund 770 Millionen Euro Städtebauförderung und dem Programm „soziale Stadt“ sowie den 3,5 Milliarden Euro Investitionsförderung für die Kommunen sowie den Wohnungsbaumitteln in Höhe von 2 Milliarden von 2016 bis 2019 wird die kommunale Investitionskraft und Handlungsfähigkeit gestärkt. Rund 8 Milliarden Euro weist der Bundeshaushalt 2016 für die Flüchtlingspolitik aus.

Doch ist die Bilanz nur eine Seite der Medaille, zwar unverzichtbar, aber kein Garant für die Zustimmung bei der nächsten Wahl.

### Politik für alle

Mit dem „Solidarprojekt für Deutschland“ hat es Sigmar Gabriel geschafft, erneut rund 5,6 Mrd. Euro jährlich ab 2017 zu verhandeln. Im Finanzplanungs-

zeitraum bis 2020 sind es rund 25 Mrd. Euro (siehe Kasten). Damit zeigt die SPD, dass sie Politik für alle Menschen in unserem Land macht. Die SPD hat sich gegen den Widerstand von Finanzminister Schäuble und der Union durchgesetzt. Unbeschadet dieser Mittel ist klar, dass die Kommunen ab 2018 mit jährlich 5 Mrd. Euro entlastet werden. Seitens der SGK wird dazu gefordert, die Mittel durch die vollständige Übernahme der „Kosten der Unterkunft“ für Langzeitarbeitslose zu sichern. Ebenso hat die SPD durchgesetzt, dass das Bundesteilhabegesetz eingebracht werden soll und die dafür erforderlichen, zusätzlichen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Und dennoch ist es richtig, wenn die Landesregierung mehr Unterstützung seitens des Bundes einfordert. Klar sein muss aber auch, wer Adressat dieser Forderung ist: vor allem Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).



© sp4764 - Fotolia

**Fazit:** Wer will, kann gute Beispiele sozialdemokratischer Regierungspolitik finden. Beispiele, die zeigen, dass die SPD ihren Kompass nicht verloren hat. Weder im Land noch im Bund. Stärkeres soziales Profil? Mehr Unterscheidbarkeit? Klare Kante? Das ist wie immer nötig, wenn Wahlen gewonnen werden sollen. Mut, zur eigenen Arbeit zu stehen, erst Recht. Und übrigens: die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auch!

\* Zahlen nach: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen 2016.

# Ein Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen



Von **Norbert Römer MdL**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

drücklich nicht: eine Bedrohung. Es sind Menschen, also Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, Alte und Junge, die zu uns gekommen sind und noch kommen werden.

Unsere Städte und Gemeinden haben es zusammen mit dem Land geschafft, den Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu geben, sie mit Essen und mit ärztlicher Betreuung zu versorgen. Das ist in NRW gut gelungen – trotz mancher Schwierigkeit musste auch im Herbst und Winter niemand im Freien schlafen, hat die Grundversorgung geklappt. Jetzt geht es aber um die anspruchsvolle Aufgabe, die Menschen, die für lange Zeit oder sogar dauerhaft hier leben werden, in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Wir wissen: Integration muss schnell begonnen werden und braucht einen langen Atem. Des-

halb braucht Deutschland einen Integrationsplan – wir in Nordrhein-Westfalen machen uns auf den Weg. Wir gehen als erstes Bundesland mit gutem Beispiel voran. Zusammen mit unserem Koalitionspartner erarbeitet die SPD-Landtagsfraktion ein Gesamtkonzept, das bis zum Sommer vorliegen wird. Wir in NRW wissen, wie Integration geht, wie sie gelingt und woran sie scheitern kann. Bei uns leben mehr Menschen mit Migrationshintergrund, als andere Bundesländer Einwohner haben.

Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum, wir bauen noch mehr Kitas, wir sorgen für mehr Sprachkurse, wir schaffen Arbeitsmöglichkeiten, wir schaffen neue Arbeitsplätze. Wir sorgen dafür, dass die Gesellschaft zusammenhält. Das Land gibt allein in diesem Jahr rund vier Milliarden Euro, davon geht die Hälfte direkt an die Kommunen. Das ist viel

Geld, aber es ist gut angelegt. Denn es sind Investitionen in unsere Zukunft. Sie kommen allen Menschen in NRW zugute, nicht nur den Flüchtlingen. Unser Integrationsplan für NRW ist also eine Politik für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen – egal, wo sie geboren wurden.

Eines ist aber klar: Der Bund darf die Kommunen und die Länder nicht allein lassen bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe. Weder die Städte und Gemeinden noch die Länder haben irgendeinen Einfluss auf die internationalen Krisen, die verantwortlich für die Flüchtlingsströme sind. Deshalb ist es höchste Zeit, dass der Bund endlich mindestens die Hälfte der Integrationskosten trägt und unsere Kommunen ein für alle Mal von den Kosten der Unterkunft entlastet. Dafür kämpfen wir Hand in Hand mit der kommunalen Familie.

Gesellschaft und Politik stehen in diesen Monaten vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Mehr als 330.000 Menschen haben im vorigen Jahr bei uns in Nordrhein-Westfalen Schutz vor Krieg, Gewalt und Vertreibung gesucht. 230.000 sind zunächst geblieben, die anderen wurden nach der gültigen Quote auf andere Bundesländer verteilt. So viele Menschen in kurzer Zeit in unserem Land aufzunehmen, ist zweifellos eine gewaltige Herausforderung. Aber es ist eines aus-



GELINGENDE INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Der Integrationsplan für NRW steht hier zum Download bereit:



## Möbel-Spende von Hand zu Hand

Von **Rainer Heller**, Bürgermeister der Stadt Detmold



Qualifizierung von Menschen, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Arbeit mit Flüchtlingen für Flüchtlinge, Wiederverwendung von gut erhaltenen Gegenständen und Ausstattung von Wohnungen (zurzeit überwiegend von geflüchteten Menschen) – diese Ziele werden aktuell in einem neuen Projekt der Stadt Detmold verfolgt: Möbel-Spende von Hand zu Hand. Angesiedelt ist das im April gestartete Projekt auf dem Gut Herberhausen, einer ehemals landwirtschaftlichen Anlage, die heute überwiegend von sozialen Trägern genutzt wird. Hier lagern im ehemaligen Kuhstall jetzt Möbel, die auf neue Besitzer warten. Und es ist schon einiges „über die Ladentheke gegangen“ – Betten, Sofas, Tische, Stühle und Schrän-

ke. Der Bedarf ist groß und das Angebot wird bereits rege genutzt. Menschen – vornehmlich aus Detmold – können anrufen und eine Möbelspende anbieten. Wenn die Möbel gut erhalten sind und benötigt werden, werden sie kostenfrei abgeholt und zum Gut Herberhausen transportiert. Dort können sich Menschen mit Sozialpass Möbelstücke für den persönlichen Bedarf aussuchen, die wiederum ebenfalls geliefert werden. Diese Aktion hilft augenblicklich natürlich bei der Erstaussattung von Wohnungen für Menschen, die gerade erst hier eine neue Heimat finden, sie ist aber auch an andere Menschen gerichtet, die über wenig Einkommen verfügen. Unterstützt wird das Projekt durch die Bundesagentur für Arbeit, die

insgesamt drei Personalstellen fördert. Es kooperieren mehrere Träger, die von der Notwendigkeit eines solchen Projektes überzeugt sind: Der Kreis Lippe, der für die Entsorgung des Sperrmülls im Kreisgebiet zuständig ist, das „Netzwerk Lippe“ als kommunale Beschäftigungsförderungsgesellschaft, die „Euwaterc“, ein regionaler Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die Stadt Detmold und natürlich auch die Agentur für Arbeit, die über das Programm „Soziale Teilhabe“ Menschen fördert, die auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt derzeit nicht vermittelbar sind.

Die Idee eines solchen Projektes ist nicht neu und gab es schon in Detmold. Nach Schließung eines

sozialen Projektes „Kaufhaus Allerhand“ gab es jedoch keine Anlaufstelle mehr, um gut erhaltene Möbel zu spenden. Dies bedeutet natürlich ein erhöhtes Aufkommen von Sperrmüll. Aber die öffentliche Hand wird zusätzlich belastet, denn es müssen für sozial schwache Menschen Möbel finanziert werden. Eine neue Konzeption auf Kreisebene steht noch aus, so dass die Stadt Detmold jetzt kurzfristig das Projekt Möbel-Spende von Hand zu Hand startete. Darüber hinaus sind die gespendeten Möbel oft hochwertig und tadellos, so dass es schlicht „zu schade“ wäre, sie nicht einer Wiederverwendung zuzuführen. Die öffentliche Hand steht landauf und landab in der Pflicht, neuen Wohnraum für geflüchtete Menschen zu schaf-

fen. Auch in Detmold wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Wohnungen im Stadtgebiet anmietet, umbaut und auch neu errichtet. Hierfür sind natürlich kurzfristig auch entsprechende Möbel zu beschaffen. Von der Einbauküche bis zum Kinderbett. Erfreulicherweise ist nicht nur der Bedarf groß, sondern auch die Spendenbereitschaft der Menschen vor Ort. Wohnungsauffösungen, Umzüge oder auch einfach nur Dinge, die ersetzt werden sollen. In naher Zukunft soll das Projekt eingebunden werden in eine Qualifizierung von Flüchtlingen. Die Maßnahme ist so geplant, dass einen halben Tag lang ein Sprachkurs stattfindet und während der anderen Tageshälfte Möbel abgeholt, aufbereitet und vermittelt werden. Die Kombination aus schulischem Lernen und direkter Anwendung der Sprachkenntnisse in einer Beschäftigung ist besonders effektiv für den Lernfortschritt. Also die Arbeit mit Flüchtlingen für Flüchtlinge. Alles in allem ein Projekt, dass verschiedene positive Effekte miteinander verbindet – Qualifizierung, Beschäftigung, ökologische und ökonomische Aspekte.



© Tony Hegewald - pixelio.de

# „Mogli“ – Wenn die Kita zu den Flüchtlingskindern kommt

Von **Dörte Schall**, Beigeordnete der Stadt Mönchengladbach

meinsam lernen international“ eine Idee verwirklicht, die den Kindern und Eltern die Möglichkeiten der Kinderbetreuung näher bringt. Die mobile Kita kommt mit einer Erzieherin und einem Erzieher in die Einrichtung. So wird den Familien näher gebracht werden, was für andere Kinder und Eltern selbstverständlich ist. Spielerisch lernen die Kinder dabei auch die Sprache und den kulturellen Umgang.

Gemeinsam mit dem Fachbereich Kindheitspädagogik der Hochschule Niederrhein wird auch Psychomotorikturnen angeboten, bei dem Fluchterlebnisse der Kinder verarbeitet werden können. Im Rahmen einer Bachelorarbeit wird das Projekt evaluiert.

Die Stadt erhielt für die Spielsachen und das Fahrzeug eine finanzielle Unterstützung des Rotary Clubs, die Personalkosten werden durch Projektmittel des Landesjugendamts gedeckt.

Für das Rathaus ist dieses Projekt ein wichtiger Baustein im Rah-

men des Betreuungsangebots für Flüchtlingskinder. Es unterstützt vor allem die Kleinen, die noch nicht in die Schule gehen und neu in der Stadt ankommen. Sie erhalten durch Mogli schnell ein Angebot. Sie kommen dadurch für kurze Zeit auf andere Gedanken, können frei spielen und den Eltern wird das Betreuungsangebot der Stadt näher gebracht.

Neben der spielerischen Förderung der Flüchtlingskinder, der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie der Unterstützung von Eltern in der Förderung ihrer Kinder erhalten die Eltern die Möglichkeit zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch. Auf diese Weise entstehen eine weitere Kontaktstelle zur Vermittlung von Beratungs- und Hilfsangeboten und eine verbesserte Integration von Flüchtlingsfamilien in die Gesellschaft.

Bisher werden in diesem Rahmen etwa 100 Flüchtlingskinder erreicht. Aber es sollen durch einen gezielten Ausbau des Projektes viele weitere Plätze geschaffen werden, un-



ter anderem durch ein weiteres Team.

Der städtische Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hat sich bereits mit einem Förderantrag für ein zweites Team an das Landesjugendamt gewandt. Außerdem sind die Einrichtungen von Eltern-Kind-Gruppen sowie Spielgruppen geplant, die an Kitas in der Nähe der Übergangseinrichtungen angeschlossen werden sollen. Sie sollen das Betreuungsangebot für Flüchtlingskinder im Vorschulalter abrunden.



Im Vordergrund steht das Ziel, die Integration in die regulären Betreuungsangebote der Stadt zu erreichen, wenn die Familien nicht mehr auf Übergangsheime angewiesen sind. Auf dem Weg dorthin bietet Mönchengladbach vielfältige Möglichkeiten an, die den Kindern und Familien das Ankommen und Leben in unserer Stadt erleichtern und verbessern.

Für Familien in Deutschland ist es inzwischen Normalität, dass Kinder in Kitas spielen und lernen dürfen, U3 Betreuung ist Alltag für viele Kinder und Eltern.

Anderes gilt für die geflüchteten Familien. In manchen Herkunftsländern ist frühkindliche Bildung nicht im Angebot. Auch haben viele Eltern nach den Erlebnissen auf der Flucht eine Hemmschwelle, ihre Kinder aus der Familie heraus in eine Betreuung zu geben. Gerade für Flüchtlingskinder sind eine Förderung und die Integration in das Alltagsleben in Deutschland aber besonders wichtig.

Die Stadt Mönchengladbach hat mit dem Projekt „Mogli – mobil ge-

## Integration als Mammutaufgabe für die kommenden Jahre

Von **Horst-Heinrich Gerbrand**, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Dezernat für Wirtschaft, Verkehr, Gesundheit, Jugend und Soziales



Im letzten Jahr haben Millionen Menschen aus unterschiedlichen Gründen ihr Heimatland verlassen. Viele davon sind nach Deutschland gekommen und erhoffen sich Schutz und Perspektive in unserem Land. Allein in NRW haben im Jahr 2015 mehr als 200.000 Flüchtlinge Zuflucht gesucht. Insbesondere die Kommunen haben in dieser unvorhersehbaren und nicht planbaren Situation, in der sie teilweise innerhalb weniger Stunden für zahlreiche Menschen eine Unterkunft schaffen und die Betreuung sicherstellen mussten, Herausragendes geleistet, welches ohne den unermüdlichen Einsatz sowohl des Verwaltungspersonals als auch des hohen Engagements vieler ehrenamtlich Tätiger nicht möglich gewesen wäre.

Es muss nun zwingend im Interesse unserer Gesellschaft und der

Flüchtlinge, die mittelfristig oder dauerhaft bei uns bleiben, der Integrationsprozess in Gang gesetzt werden. Bei den anzustellenden Überlegungen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei nicht um ein neues Thema handelt. Sowohl Bund, Land als auch insbesondere die Kommunen befassen sich seit Jahren mit der Integration Zuwanderter. Es gilt, Positives fortzuführen und zu verstärken, aber auch aus negativen Erfahrungen zu lernen und hieraus die nötigen Veränderungsschritte abzuleiten. Hierbei müssen alle politischen Handlungsfelder, von der Kinderbetreuung, über die Schule bis hin zur Arbeitsmarkt- und Wohnungsbaupolitik mitbedacht werden. Letztlich muss die Integration auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens stattfinden, wobei die Bereiche der Bildung, des Sports und der Kultur einen ganz bedeutsamen Beitrag leisten können und dies in der Vergangenheit auch unter Beweis gestellt haben. Zwingende Voraussetzung für eine gelingende Integration ist das Be-

herrschen der deutschen Sprache. Gerade deshalb sollten Sprachkurse möglichst früh für Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive angeboten werden. Unabdingbar ist es zudem, parallel hierzu den Migranten die gemeinsamen Werte unserer Gesellschaft - exemplarisch zu nennen sind die Religionsfreiheit und damit einhergehend die Gleichberechtigung Gläubiger und Nichtgläubiger sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau - nahe zu bringen. Integration setzt auf beiden Seiten voraus, dass Vorurteile und Ängste in den Köpfen der Menschen keinen Raum gewinnen.

Das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW hat sich Anfang März 2016 mit der Integration von Flüchtlingen befasst und einen umfassenden Handlungsleitfaden „Flüchtlingsintegration“ beschlossen. Er soll den Kommunen einerseits einen aktuellen Überblick über die Herausforderungen bei der Integration von Migranten bieten und zum anderen eine Über-

sicht über die vielfältigen möglichen Umsetzungsschritte geben. Die Betrachtungsweise ist nach innen gerichtet und fragt: Was muss in den Kommunen geleistet werden, und wie kann es getan werden? Da Integration ein dauerhafter Prozess sein wird, soll der Leitfaden fortlaufend weiterentwickelt und um eine internetbasierte Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen ergänzt werden.

Zwischenzeitlich hat auch NRW als erstes Bundesland einen Integrationsplan auf den Weg gebracht, der sich aktuell in der parlamentarischen Beratung befindet. Hierzu haben sich die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam positioniert. Auch der Bund arbeitet zurzeit an einem Konzept von Bund und Ländern für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen. Ganz entscheidend wird bei allen Überlegungen die Frage der Finanzierung durch Bund und Land sein. Schätzungen gehen bundesweit von einem jährlichen zweistelli-

gen Milliardenbetrag für die Städte und Gemeinden aus. Die kommunale Seite erwartet daher, dass schnell und unbürokratisch finanzielle Mittel zur Umsetzung von Integrationskonzepten zur Verfügung gestellt werden. Die Chance auf eine gelingende Integration wird sinken, je länger der Integrationsprozess hinausgeschoben und je zögerlicher Umsetzungsschritte, etwa aus finanziellen Gründen, erfolgen. Die Kommunen – insbesondere solche in der Haushalts-sicherung oder im Stärkungspakt - benötigen schnellstmöglich Planungssicherheit.

Weiterführende Informationen der kommunalen Spitzenverbände zu diesem Thema findet Ihr unter:



## Studie belegt Erfolg der kommunalen Technologie- und Gründerzentren

Von **Daniel Heidler**, Mitglied im Aufsichtsrat der Technopark Kamen GmbH und Ratsmitglied

Technologie- und Gründerzentrum sind ein wesentliches Erfolgskonzept der regionalen Wirtschaftsförderung. Zu dem Ergebnis kommt eine Studie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, die die regionalwirtschaftlichen Effekte der Technologie- und Gründerzentren TECH5plus des östlichen Ruhrgebiets, zu denen auch der Technopark Kamen gehört, untersucht hat. Sie bietet nun erstmalig wissenschaftlich fundierte Ergebnisse über die regionalen und gesamtwirtschaftlichen Effekte dieses Netzwerks.

Auf breiter Datenbasis belegt die Studie: In der Vergangenheit entstanden 30.000 neue Arbeitsplätze in der Region. Die TECH5plus-Unternehmen erwirtschaften bundesweit eine Bruttowertschöpfung von gut 2,2 Milliarden Euro, von der ca. 1,6 Milliarden der Untersuchungsregion zuzurechnen sind. Die jährliche Bruttolohn- und -gehaltssumme aller von den TECH5plus-Unternehmen abhängigen Erwerbstätigen beträgt bundesweit ca. 991 Millionen Euro, regional sind es knapp 729 Millionen. Die eigenen und ausgelagerten wirtschaftlichen Aktivitäten führen jährlich in der Untersuchungsregion zu kommunalen Steuereinnahmen von fast 55 Millionen Euro.

Zahlreiche Impulse gehen von den Wachstumsunternehmen in den



Technologie- und Gründerzentren aus. So profitieren vor allem regionale Dienstleister und Lieferanten, Konsum und Wertschöpfung vor Ort steigen. Die Forscher der Universität sind überzeugt, dass die kommunalen, regionalen und gesamtwirtschaftlichen Effekte die Investitionskosten und Zuschüsse der öffentlichen Hand deutlich übersteigen und diese damit rechtfertigen.

Damit sind Technologie- und Gründerzentren wie das Technologiezentrum Kamen, welches Bestandteil der strukturpolitischen Überlegungen der frühen 1990er Jahre ist, ein wichtiger Bestandteil des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Wäre die lokale Politik diesen Schritt damals nicht gegangen, die sozialen Folgen wären verheerend gewesen. So ist das Ruhrgebiet auf dem Weg, eine der innovativsten und wachstumsstärksten Region Deutschlands zu werden, mit positiven Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die kommunalen Haushalte.

## SGK-Meinungsaustausch

Die Themen Integration, Flüchtlings- und Asylpolitik, Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund standen im Mittelpunkt der regelmäßigen SGK-Meinungsaustausche zwischen sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten, Beigeordneten, der SPD-Landtagsfraktion und der Landesregierung.

Beim Meinungsaustausch der Hauptverwaltungsbeamten betonte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, dass NRW die Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen nicht im Regen stehen lassen werde. Neben der Beteiligung des Landes an den



Kosten der Unterbringung mit fast zwei Milliarden Euro allein für 2016 sollen insbesondere die kommunalen Integrationszentren als ein zentraler Schlüssel der Integration in den Kommunen gestärkt werden. Um die Lasten der Kommunen im Sozialbereich zu begrenzen, fordere das Land nun die vollständige

Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund.

Diese Unterstützung erklärte auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer, in der Runde der Beigeordneten und Dezernenten. Er stellte die Eckpunkte des Integrationskonzepts des Landes vor, welches von den Fraktionen von SPD und Grünen initiiert wurde und nun mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit im Landtag diskutiert werde. Im Anschluss wurden unter anderem zahlreiche Aspekte der Integration wie z.B. die Finanzierung und die Betreuung in Kitas und Schule erörtert.



### IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

#### Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)  
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-876747-0, Fax: 0211-876747-27,  
Mail: info@diekommunale.de,  
Internet: www.diekommunale.de

#### Verantwortlich (auch für Anzeigen):

Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

#### Satz und Gestaltung:

SGK NRW,  
Postfach 20 07 04, 40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

## SGK-Buchtipps

### BEST PRACTICES BEI DER BESCHAFFUNG AUSGEWÄHLTER BEDARFE – VON DER ABFALLENTSORGUNG BIS ZUM WINTERDIENST



Von Michael Broens, Christoph Glock und Eric Grosse  
B+G Wissenschaftsverlag,  
1. Auflage, 2015,  
ISBN 978-3-944325-06-4,  
372 Seiten, 79,- Euro

Das Buch „Best Practices bei der Beschaffung ausgewählter Bedarfe“ unterstützt Verwaltungsmitarbeiter bei der Beschaffung unterschiedlicher, in Verwaltungen regelmäßig benötigter, Produkte und Leistungen. Prägnant und strukturiert werden für verschiedenste Bedarfe in der Praxis bewährte Vorgehensweisen beschrieben und mögliche Stolpersteine aufgezeigt. Behandelt werden unter anderem der Einkauf von Abfallentsorgungsleistungen, IT-Beratungsleistungen, Umzugsdienstleistungen, Reinigungsdienstleistungen sowie Druck- und Versanddienstleistungen.

### FINANZWESEN DER GEMEINDEN 3: KOMMUNALE UNTERNEHMEN

Von Ulrich Cronauge, Erich-Schmidt Verlag,  
6. Auflage 2016, ISBN 978-3-503-13658-2,  
607 Seiten, 84,00 Euro

Kommunale Unternehmen sind wesentliche Instrumente der Städte, Gemeinden und Kreise zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben. Dieser Bereich der mittelbaren Kommunalverwaltung hat in der Praxis eine ständig wachsende Bedeutung im gesamten Spektrum wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Betätigung.

Ziel dieses mittlerweile in der sechsten Auflage erscheinenden Standardwerkes ist es, insbesondere der kommunalen Praxis vor Ort, eine handhabbare Entscheidungshilfe für die Möglichkeiten, Probleme und Grenzen einer Ausgliederung kommunaler Aufgaben zur Verfügung zu stellen.



### STADT-CENTER – EIN NEUES HANDELSFORMAT FÜR DIE URBANE MITTE

Von Prof. Wolfgang Christ und Prof. Dr. Franz Pesch  
Verlag Dorothea Rohn, 1. Auflage September 2013,  
ISBN 978-3-939486-76-3, 272 Seiten, 49,- Euro

Dem Handel ist in der Entwicklung der europäischen Stadt zunehmend eine tragende Rolle zugewachsen. Von oft bescheidenen Frühformen zur Leitfunktion herangereift, trägt er heute wesentlich zur Vitalität und Lebensqualität, aber auch zur städtebaulichen und architektonischen Attraktivität der Zentren und Nebenzentren bei. Seine Gebäude und Räume – Märkte, Markthallen, Arkaden, Passagen und Kaufhäuser – sind alltäglicher Anziehungspunkt für Kunden aus Stadt und Region.

Die hier vorgelegte Studie beschäftigt sich mit einem relativ neuen Handelsformat, dem offenen innerstädtischen Shopping-Center, das als Weiterentwicklung der Shopping-Mall, aber auch als Wiederentdeckung klassischer urbaner Typologien verstanden werden kann. Dokumentation und Analyse von zwölf Fallbeispielen aus Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland zeigen deutlich: Offene Shopping-Center, STADT-CENTER, sind in der Lage, erfolgreiche Immobilienentwicklung mit hohen Ansprüchen an urbane Stadträume zu verbinden.

# Bundesdelegiertenversammlung 2016 - Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt! Frank Baranowski ist neuer Vorsitzender der Bundes-SGK

Rund 400 sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker waren der Einladung der Bundes-SGK zur Bundesdelegiertenversammlung gefolgt und diskutierten unter dem Leitthema „Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt!“ die Herausforderungen aktueller Kommunalpolitik.



In seinem Rechenschaftsbericht stellte der bisherige Vorsitzende Norbert Bude dar, wie die SGK auf die Bundespolitik Einfluss nehmen konnte und dankte dem bisherigen Geschäftsführer Dr. Alexander Götz, der mittlerweile als Leiter der Kommunalpolitik im niedersächsischen Innenministerium tätig ist, für seine Arbeit als Bundesgeschäftsführer. Mit Dr. Manfred Sternberg setzte die Bundes-SGK als neuem Bundesgeschäftsführer auf Kontinuität.

Im Rahmen der Vorstandswahlen wurde Frank Baranowski, Landesvorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, mit einem beeindruckenden Ergebnis von 98,1 Prozent der Stimmen zum Vorsitzenden der Bundes-SGK gewählt. Die Kommunalen in NRW sprechen weiterhin auch im Bund mit einer starken Stimme.

In seiner Rede dankte Frank Baranowski besonders Norbert Bude, der nach dem Verlust des Amtes als Oberbürgermeister in Mönchengladbach nicht wieder als Vorsitzender kandidierte. Der neue Vorsitzende betonte weiter, dass es gerade in der jetzigen Zeit auf die Kommunen ankomme, denn die aktuellen Herausforderungen werden vor Ort, in den Städten und Gemeinden, gelöst. Die Kommunen befänden sich aber auch in der Situation, Lösungen anbieten zu können, was besonders auf den Integrations-Bereich zutraf. Außerdem betonte Frank Baranowski, dass die Kommunalen der Bundesregierung bezüglich der fünf Milliarden Euro Entlastung bei der Eingliederungshilfe weiter im Nacken sitzen werden.

Ebenfalls stellte er klar, dass der Bund die Kosten der Unterkunft (KDU) nun endlich vollständig tragen müsse.

## Zusammenhalt in den Kommunen stärken – Integration jetzt!

Der verabschiedete Leitantrag „Zusammenhalt in den Kommunen stärken - Integration jetzt!“ betont die Notwendigkeit eines Integrationskonzeptes über alle Ebenen und fordert u.a. Maßnahmen in den Bereichen Spracherwerb, Bildung, Arbeitsmarktintegration, Wohnen und Förderung des zivilgesellschaftlichen und des bürgerschaftlichen Engagements.

Durch zunehmende Integrationsaufgaben würden die Regelsysteme und damit auch die kommunalen Haushalte immer stärker belastet. Eine Entlastung der kommunalen Finanzen sei dringend notwendig, deshalb forderte die Bundes-SGK in einem von der SGK NRW gestellten Antrag die „Vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund ab 2018“.

Der Antrag „Stärkung der lokalen Demokratie“ reflektiert die Rolle ehrenamtlicher Kommunalpolitik in einer vielfältigen lokalen Demokratie. Er setzt sich mit den Anforderungen an gelingende Bürgerbeteiligung, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, den notwendigen Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und der Nutzung digitaler Möglichkeiten auseinander. Die SGK NRW hat sich mit einem Änderungsantrag gegen die Anrechnung der Aufwandsentschädi-

gung auf staatliche Leistungen sowie die Anhebung der Steuerfreibeträge ebenfalls in den Antrag eingebracht.

## Resolution zum Thema „Energiewende und Digitalisierung“

Die durch den Landesvorstand der SGK NRW eingebrachte Resolution zum Thema „Energiewende und Digitalisierung“ wurde durch die Bundesdelegiertenversammlung ebenfalls verabschiedet. Haupttenor der Resolution ist die Forderung nach intelligenten Verteilnetzen, um die maximale Einspeisung erneuerbarer Energien besser steuern und nachhaltig nutzen zu können, denn die teilweise extrem veralteten Verteilnetze sind bereits heute mit den Lastschwankungen durch die Ein-

speisung erneuerbarer Energien überfordert. Die Resolution fordert daher die schnelle Schaffung eines geeigneten, modernen Regulierungsrahmens für die Verteilnetze. Dieser muss Anreize bieten, um schnell, effizient und wirtschaftlich vertretbar in die Modernisierung, den Neu- und Ausbau und in die Digitalisierung von Verteilnetzen zu investieren.

Neben diesen Anträgen und der Resolution wurden unter anderem folgende Anträge beraten und beschlossen: „Entlastung der

Kommunen von den Soziallasten“, „Eine Welt beginnt vor Ort“ und „Das Soziale im Quartier – Eine Chance für moderne soziale Politik in den Kommunen“.

Alle Anträge und weitere Informationen unter [www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de) oder im SGK NRW Intranet.



## NRW stark im Vorstand vertreten

Neben Frank Baranowski wurden vier weitere Kommunale aus NRW in den Bundesvorstand gewählt:



**Marion Weike**, Bürgermeisterin Werther, als Schatzmeisterin

**Mechtild Bürsmeier-Nauert**, Ennigerloh, als Beisitzerin und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand

**Claus Haase**, Aachen, als Beisitzer

**Dr. Ralf Niermann**, Landrat Kreis Minden-Lübbecke, als Beisitzer



Übersicht über den gesamten neuen Bundesvorstand



## Bundesverkehrswegeplan 2030

# Nordrhein-Westfalens größtes Anti-Stauprogramm

Von **Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Für die meisten Kommunen in NRW ist der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) ein „Buch guter Nachrichten“. Das Land steht vor seinem größten Anti-Stauprogramm.



Erhalt und Ausbau vor Neubau, Engpassbeseitigung, steigende Investitionen in alle Verkehrsträger, Stärkung der Rhein-Ruhr-Schiene und der Achse zu den Seehäfen in Belgien und den Niederlanden – der aktuelle Entwurf des Bundesverkehrswegeplans kommt der Verkehrspolitik des Landes weit entgegen. Im Ergebnis steht NRW vor einem Jahrzehnt der Baustellen für das größte Anti-Stauprogramm. Dazu gehören:

- Die Engpassbeseitigung auf den Autobahnen. NRW bekommt 37,4 Prozent aller Sofortmaßnahmen zur Staubeseitigung bundesweit, unter anderem auf den Hochleistungsstrecken A3 und A45.
- Der Ausbau der Betuwe-Linie, der mit mehr als 1,5 Milliarden Euro erfolgreich durchfinanziert ist. Davon sind 450 Millionen Euro Landesmittel.

- Der Rhein-Ruhr-Express als größtes Schieneninfrastrukturprojekt des Landes. Der Bund hat erstmals seine finanzielle Verantwortung in Höhe von 1,72 Milliarden Euro festgeschrieben. Wir werden darauf drängen, dass das Zukunftprojekt ohne Abstriche kommt.
- Der Ausbau der „Siegstrecke“ und der „Ruhr-Sieg-Strecke“ für den Containerverkehr auf der Schiene nach Südwestfalen und ins Siegerland. Das ist ein historischer Fortschritt für die Region!
- Der Ausbau des Bahnknotens Köln, der mit höchster Priorität versehen ist. Wir wollen eine möglichst umfassende Umsetzung der laut Gutachten notwendigen Kapazitätserweiterung.
- Die Verbesserung der Ladetiefe auf dem Rhein zwischen

Duisburg und Dormagen für den dreilagigen Containerverkehr.

- Die Berücksichtigung der ländlichen Regionen, beispielsweise im Münsterland oder bei Höxter.

Nachsteuern muss Berlin allerdings auch an einigen Punkten:

- Die Boomregion Köln-Bonn benötigt eine zusätzliche Rheinquerung bei Wesseling, bzw. Köln-Godorf.
- Das Münsterland braucht den zweigleisigen Ausbau der Schienenstrecke Münster-Lünen.
- Die vorgeschlagenen Alternativen zum „Eisernen Rhein“, der Schienenverbindung zwischen Duisburg und Antwerpen, sind nicht zielführend.
- Für den Ausbau der B55 bei Lippstadt-Erwitte-Warstein,

der B83 zwischen Beverungen-Wehrden und Höxter-Godelheim und der A52 bei Mönchengladbach haben wir um Nachprüfungen gebeten.

Die Investitionspläne des Bundes treffen auf unsere Planungsoffensive: Wir haben den Stellenabbau bei Straßen NRW gestoppt. Heute arbeiten bei dem Landesbetrieb schon 100 Ingenieurinnen und Ingenieure mehr als noch Ende 2013. Zudem stärken wir seine Kernaufgaben Planen, Bauen und Erhalten mit bis zu 150 zusätzlichen Dienstposten. Auch die Mittel für externe Planungsleistungen haben wir massiv angehoben. Im Ergebnis werden wir in 2016 die Rekordsumme von rund 1,1 Milliarden Euro an Autobahnen und Bundesstraßen umsetzen und bis Jahresende baureife Planungen mit einem Volumen von rund 1,2 Milliarden Euro als „Planungsvorrat“ erarbeiten.

Eine Investitionsbremse müssen wir aber noch lösen: Wir haben uns in einem Dschungel an planungsrechtlichen Vorschriften verirrt. Zwischen der Investitionsentscheidung und dem ersten Spatenstich für den Ersatzneubau einer Brücke vergehen oft



sieben Jahre. Wir brauchen daher eine parteiübergreifende Fachkommission, die das Planungsrecht durchforstet und Vorschläge macht, wie wir die deutsche „Klagemauer“ durchlässig machen. Das muss nicht auf Kosten von Naturschutz oder Mitsprache gehen. Endlose Verfahren zermürben die Befürworter und die Gegner von Infrastrukturprojekten. Schneller, kürzer, einfacher – davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger.

Der Bundesverkehrswegeplan zum Download:



## GEZIELTER WERBEMITTELEINSATZ

## MOBILE WAHLTAFELN

**18/1 hochkant**  
 SPD Cuxhaven  
**245,- € netto**

**9/1 hochkant**  
 SPD Osterholz  
**210,- € netto**

**18/1 quer**  
 SPD Leverkusen  
**225,- € netto**

„Wir kümmern uns persönlich um jede Fläche, die da draußen ist!“

Kurt Treger,  
Gründer & Geschäftsführer

### Im Preis enthalten:

- Standzeit für 6 Wochen
- Auf- und Abbau, Grundklebung
- Reparaturen von Beschädigungen in max. 24 h **KOSTENFREI!**
- Standortoptimierung durch Geocodierung
- Fotodokumentation für den ordnungsbehördlichen Antrag

### Optional:

- Kosten für Umklebung: 20,- € netto

KONTAKT:



TREGER WAHLWERBUNG • Waldstraße 7 • 19322 Lindenberg  
 Telefon: 03877-56 28 12 • Mobil: 0175-72 888 39  
 info@treger-wahlwerbung.de